



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Mindestens 30 Prozent der Beschaffungsausgaben für Open Source Software

Aktuell seit 04.02.2026 15:58:19

Aktiv vom 26.06.2024 bis 04.02.2026

Angegeben von:

Open Source Business Alliance - Bundesverband für digitale Souveränität e.V. (R001317) am
26.06.2024

Beschreibung:

Zur Umsetzung der gesetzten Ziele zur Stärkung der digitalen Souveränität und dem verstärkten Einsatz von Open Source Software in der öffentlichen Verwaltung soll die Bundesregierung ihre Macht als stärkster Einkäufer auf dem Markt nutzen und Open Source Software stärker nachfragen und beschaffen, damit entsprechende Impulse in den Markt gesendet werden können. Die Bundesregierung soll daher mindestens 30 Prozent der Ausgaben des Bundeshaushalts für die Beschaffung von Softwarelösungen und -dienstleistungen auf Open Source Software verwenden.

Betroffene Interessensbereiche (11)

Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#)

E-Commerce [\[alle RV hierzu\]](#)

Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#)

Industriepolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Internetpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Kleine und mittlere Unternehmen [\[alle RV hierzu\]](#)

Kommunikations- und Informationstechnik [\[alle RV hierzu\]](#)

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

Öffentlicher Dienst und öffentliche Verwaltung [\[alle RV hierzu\]](#)

Wettbewerbsrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Open Source Software; Digitale Souveränität

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2505120002 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.02.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]